



HAUSHALTSREDE 2024 – pro:Bürgerschaft

Bei der Einführung des Haushaltes am 13. Dezember 2023 tritt der Bürgermeister als Amtsträger, d.h. als 1. Bürger der Stadt mit der Amtskette auf, um seinen Bürgern, die 100%ige Erhöhung der Grundsteuern zu verkünden, und zwar:

A auf 494 v.Hd.

**B auf 958 v.H. diese Erhöhung betrifft alle Bürger
und die Gewerbesteuer auf 497 v.h.**

Wir, die Fraktion pro: Bürgerschaft, fanden es deshalb nicht nur als geschmacklos, auch völlig daneben. In Sack und Asche wäre angemessener gewesen.

Es ist auch ein Verstoß bzgl. der Hauptsatzung §16 (2), die lautet: der Bürgermeister trägt bei feierlichen Anlässen eine Amtskette. Eine solche für den Bürger angekündigte Botschaft ist kein feierlicher Vorgang. Heute bei der Vereidigung der Ersten Beigeordneten wäre es angebracht gewesen.

**Herr Doetkotte, wer glaubt etwas zu sein, hat aufgehört,
etwas zu werden.** *Phillip Rosenthal*

Aufgestoßen ist uns auch die mangelnde Gesamtschau der desolaten erreichten Haushaltslage. Sofort wurden die Schuldigen benannt, das Land, der Bund, **nur nicht ich/ wir!** Ihr eigenes Versagen bezüglich einer Verantwortlichen Steuerung: Fehlanzeige! Ihr Hinweis, es war für mich ein Schockerlebnis, ist völlig unverständlich.

Über den Status eines politischen Azubis sollten Sie längst gewachsen sein!

Sie sind seit 2004 im Rat, als stellvertretender BM seit 2011. Sie haben die Fehlentwicklung der Finanzen nicht mitverfolgt? Unsere Warnungen alle nicht gehört? Und unsere Haushaltsreden nicht gelesen?

Das macht Fassungslos!

Müssen wir davon ausgehen, dass Sie die Hinweise des Kämmerers ebenfalls in den Wind geschlagen haben?

Kämmerer:

Wir können und wollen es uns auch nicht vorstellen, dass Sie Herr Eising als ausgewiesener Fachbeamter – ehemals tätig im Landes-Rechnungs-Prüfungsamt erkannt zu haben, dass die Fehlentwicklung sich zum System auswuchs und dann nicht im Vorstand thematisiert haben.

Klagen und Hinweise Ihrerseits auf Bund, Land, LWL-Umlagen, mangelnde Schlüsselzuweisungen helfen da nicht weiter. Auch ihre fast jährliche Aussage wir in Gronau leisten uns nicht zu viel Übermäßiges nervt inzwischen nur, denn es stimmt doch nicht. Es dient nur als Aufruf, weiter machen wie bisher! Warum wurden die anhand sprudelnder Einnahmen, s. Bsp. durch unerwartete Einzahlungen von Gewerbesteuerückstellungen etc. nicht zur Entschuldung eingesetzt, sondern alles schlicht gleich weiter verbraten.

Für die Bürgerschaft hier nochmals zur Erklärung die nicht weiter hinzunehmenden Fakten. Unser Gesamtschuldenstand Konzern Gronau beträgt 192.396 €, ein plus von 33,91 % Zuwachs.

Der Zinsaufwand in 2024 wird auf 7. Mio. 108 Tsd. € anwachsen, im Vorjahr waren es 5. Millionen.

Zitat W.N. 08. November 2023:

„Ich bin ein Freund davon, künftige Generationen nicht zu belasten“. Mit den Händen in den Schoßlegen ist dieser Wunsch nicht erfüllbar.

Die Verringerung der allg. Rücklagen, wird auf 0 € festgesetzt. Wo finden wir den Zielansatz im Haushalt Entschuldung?

Wir beantragen dieses Ziel im Budget endlich aufzunehmen.

Das Sie als Kämmerer in der Zwickmühle zwischen BM und Stadtbaurat stecken, sollte Sie nicht daran hindern, immer wieder Klartext zu mehr Bescheidenheit einzufordern.

Der Bürgermeister muss sich keine Denkmäler bauen, der Stadtbaurat benötigt nicht sein persönliches Rathaus an der Bahnhofstraße.

Dagegen suffiziente Politik, d.h. wie wird weniger genug – mehr individuelle Bescheidenheit, dafür mehr Gemeinschaftsanlagen, gutes Leben in Genügsamkeit.

Übrigens:

Wir bleiben bei unserer Forderung-gestützt auf die Gesetzes Grundlage unserer Gemeindeordnung, dass der Haushalt bis zum 31. Dez. des Jahres beschlossen wird.

Auch bleibt unsere Anregung bestehen, einen Doppelhaushalt aufzustellen, in dieser prekären Situation, in die wir uns befinden, zu beschließen. Während der zeitlichen Zwischenräume können dann in aller Ruhe neue politische Steuerungsmaßnahmen erarbeitet werden.

Zur Amtsführung der 1. Beigeordneten - bezogen auf die Finanzsteuerung des Sozial und Jugendamtes - gebe es auch manche Kritik. Es ist aber nicht unser Stil nachzutreten!

Stadtbaurat

Die Hauptquelle der hohen Zinslasten hat seinen Ursprung im Vorstandsbereich Planen-Bauen-Denkmalerschutz.

Die zu vielen „Kunstwerke“ belaufen verursachen in 2024 aus 71.728 T €.

Das Iodernde Gift der vielen hier getätigten Förderprogramme werden alle über Kredite Endfinanziert. Gut erschien es beim Stand der 0-Zinsvariante. Jeder wusste damit ist es irgendwann vorbei. Wegen der Schattenhaushalte (Corona/ Ukraine Krieg) mehr als zeitnah und vorhersehbar. Dann kam das Bundes-Verfassungs-Gericht mit dem Urteil „Richterstoppen Haushalts-Jongleure“.

Die Kruks, das Fatale ist, dass die o.g. Maßnahmen gar nicht zeitgerecht umgesetzt werden können, die angesetzten Kosten wegen Preissteigerungen weiter steigen, die Zinsen bezahlt werden müssen.

Wo bleibt die Prioritätenliste?

Ein Privatmann würde so nicht handeln!

Andere Kostentreiber sind hier die vielen bestellten externen Gutachter/ Juristische Begleiter u.s.w.

Zitat: (W.N. 25. Mai 2019).

Frage: „Sie haben öffentlich viel Lob erhalten, wie sieht es mit Kritik aus? Antwort: Ich nehme Kritik sehr offen auf. Es ist wichtig, ständig zuzuhören, aufzunehmen,“ ... Zitat Ende.

Ins Gewicht zählt für uns, dass einerseits der Herr Stadtbaurat kein Stadtplaner ist, andererseits hart seine Meinungen durchsetzt und von Ideenaustausch wenig hält oder verstehen will.

Unsere Anträge zeigen nicht nur Einsparungen, sondern wesentl. mehr Aspekte auf. Wie wäre es mit der Einsetzung eines Abrissmoratoriums zur Erhaltung und Sanierung, den Umbau und das Weiterbauen im Bestand, statt Abriss und Neubau. Es führt zur Schonung von Ressourcen und Energie, Vermeidung von Müll und Flächenversiegelungen, siehe Overbergschule in Epe. Auch unser Antrag „Jung kauft Alt“. Wir erfahren meist, statt eine offene eher eine Abbügelnde barsche Ablehnung.

Neuster Hinweis: Antrag eines Heimes für Behinderte. Auf unsere Fragestellung, warum kein Satteldach ausgeführt wird, damit sich das Gebäude Städtebaulich in die Umgebung besser integriert, wurde grinsend beantwortet mit – „das Flachdach wird doch begrünt.“ Eine abwegige Antwort, an der Frage völlig vorbei.

Unsere Ziele als pro:Bürgerschaft sind Anliegen aus der freien Wirtschaft zu erkennen, sie beim Lösungsversuch stets mit zu nehmen, siehe Mannebeck-Wegerecht-Lennestraße.

Pflege und Instandsetzung ist die einfachste Formel für Verlängerung der Lebensdauer.

Wir setzten uns für mehr Pflege der städtischen Infrastruktur nebst Gebäude ein. Nur weil es Öffentlich ist, muss die Kommune nicht alles vergammeln lassen.

Die Aufforderung ein Totalbaustopp verbietet sich z.Bsp. für die Schule West, jedoch ein Stopp der QEG ist möglich, das war, ist unsere Forderung! Allein nur zu dieser Thematik – Investitionen der Zukunft sollten sie Herr BM einmal eine Beratung ansetzen. Es wäre mindestens ein Tagesprogramm!

Wir fordern sie auch auf, künftig aus der Fülle unserer Anregungen und beschlossene Anträge tragfähige Umsetzungslösungen zu konkretisieren und zu Entscheidungen vorzulegen, bzw. nach Beschluss sofort auszuführen!

Abschluss:

Weshalb hat sich unsere Fraktion im Unterausschuss „Konsolidierung“ nicht nochmals umfassend eingebracht?

Einen solchen Sparversuch zur Entschuldung hatten wir per Antrag 2014 gestartet. Erstmalig trafen sich die Mitglieder am 14.01.2015. Als Ziel war es, ein neues Steuerungsmodell her, um höhere Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zu erreichen. Dies kann u.a. durch die Verschlankung und stärkere Ergebnisorientierung erreicht werden. Wichtig ist dabei klare Zuständigkeiten zwischen der Verwaltung und Politik zu vereinbaren. Die Politik gibt ausschließlich die Zielvorgaben an die Verwaltung führt aus und steuert, z.Bsp. die Budgetberichte mit deren Auskünften über die Finanzlage und die Ausführungen. Solche Umstrukturierungen sind mit den Betroffenen intensiv vorzubereiten. Würden wir uns alle an solch einem Kodex (ungeschriebene Verhaltensregelung) halten, müssten wir uns nicht mit klein - klein zu schlafengehenden Zeiten verlieren. Das setzt allerdings auf gegenseitiges Vertrauen und gibt den Fachämtern die nötige Gestaltungsfreiheit zur Sparsamkeit.

Alle heutigen identischen Bemühungen werden auch wieder an diese Strategieverweigerung scheitern!

Andererseits wer glaubt schon daran, in dieser kurzen Zeit, zwischen Haushaltseinbringung und – Verabschiedung, könnte ein faktenbezogener Strategiewechsel gelingen?

Ferner:

Es kann doch nicht so weiter gehen, dass die Steuerpolitik die allgm. Ausgabenpolitik an Interessen der Bürger am örtl. Gewerbe vorbeigedacht werden. Deshalb hatten wir die

Einrichtung eines Bürgerhaushaltes gefordert, d.h. Bürger entschieden mit, für was-/ wie und für wen ihre Steuern eingesetzt bzw. eingespart werden sollen. Nur pauschal die Investitionen 50.000,00 € zu streichen ohne Zielangaben u./o. an welchen konkreten Stellen gespart werden soll, ist Unsinn.

Zudem sind weitere Schritte zwingend erforderlich:

Unsere GmbH's bereiten uns als Konzern Stadt Gronau – Steuerungsprobleme. Sie tagen immer in nichtöffentlichen Sitzungen und deren Mitglieder sind nur dem Wohl der Gesellschaft gegenüber verpflichtet. Es ist ein entpolitischer Bereich. Nur als Gesellschafter u./o. durch Ratsbeschlüsse können wir bedingt steuern.

Unser altes Thema ist immer noch aktuell, die Rekommunalisierung. Hier lässt sich ein starkes Sparpotenzial heben!

Beim WZG schoss sich die Mutter ein Eigentor, indem sie sich hier mit dem Ratssaal u.a. einmietete. Da es sich dabei um eine Fremdvermietung handelt, ist die WZG nicht mehr Steuerbefreit, sondern Steuerpflichtig.

Ein erster Schritt könnte sein: Das Rock & Popmuseum gGmbH als einen Eigenbetrieb verschmelzen. Chance gGmbH sowie das Kulturbüro Gronau gGmbH ebenfalls.

Die Stadtwerke GmbH konzentrieren sich ausschließlich auf ihre Kernaufgaben. Die Mutter (Stadt Gronau) unterlässt die Überlastung an zusätzlichen Aufgabenfeldern, z.Bsp. Parkraumbewirtschaftung!!!

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH zurück in die Kernverwaltung.

Obwohl wir seitens der Verantwortlichen keine wirklichen Bemühungen der Konsolidierung des Haushaltes, d.h. das strukturelle Problem nicht angehen zu lösen, ringen wir als Fraktion weiter, denn das ist Aufgabe und Verpflichtung, für alle die, die klar sehen!

Das Heute, ist das heutige von morgen! Die Bürgerinnen und Bürger haben längst erkannt was für morgen wichtig ist. Unser Bürgermeister mit seiner Stabspitze ist noch im Dornröschenschlaf. Wir ALLE können nur hoffen, dass das Aufwachen anfängt.